Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholestellen und beim Bezuge durch die Post 1,00 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,10 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl Thurmann

Druck und Verlag C. Thurmanns Buchdruckerei, Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 149 | Fernsprecher | **Donnerstag, den 18. Dezember 1930.** | Nummer 37 | **36. Jahrgang**

— Berlin, den 17. Dezember 1930.

Chronik des Tages.

— Nach einer Aussprache über das Film-Verbot begann der Preußische Landtag die Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1931.

— Die aufständischen spanischen Militärflieger sind glücklich nach Lissabon entkommen.

— Im Befinden des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Poincaré ist eine Verschlimmerung eingetreten. Wie man hört, ist Poincaré infolge eines Schlaganfalls völlig gelähmt.

— Der Münchener Dichterpreis 1930 wurde an den 1885 in Barmen geborenen, seit 1903 in München lebenden Dichter und Schriftsteller Hans Brandenburg verliehen.

— In diesen Tagen vollendet Josef Hoffmann in Wien sein 60. Lebensjahr. Hoffmann ist der führende Meister der österreichischen Baukunst und des österreichischen Kunstgewerbes.

— Die afghanische Regierung gewährte der Standard Oil Company von Amerika wichtige Konzessionen in den Petroleumgebieten.

— Der indische Dichter Tagore hat sich auf dem deutschen Riesendampfer „Europa" eingeschifft, um nach Europa und von dort aus weiter nach Indien zu reisen.

Manifest gegen Ost-Terror

— London, 17. Dezember.

Nach der deutschen Regierung haben nunmehr auch 51 Mitglieder des englischen Parlaments dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Eingabe unterbreitet, die sich mit der Behandlung der Minderheiten in Polen befaßt. Ein zweites Dokument wurde dem britischen Außenminister Henderson übersandt.

In der Eingabe an den Völkerbund wird insbesondere auf die blutigen Ereignisse in Ostgalizien hingewiesen, wo Strafexpeditionen in 700 ukrainische Dörfer geschickt worden sind, obwohl gegen diese Ukrainer keine Beschuldigungen terroristischer oder verfassungswidriger Handlungen vorlagen. Diese Verletzung der Minderheitenverträge zusammen mit den Verletzungen der den Minderheiten gewährleisteten kolonisatorischen, erzieherischen und staatsbürgerlichen Rechte bildeten die Grundlage für ein Einschreiten des Völkerbundes. Bei den Strafexpeditionen seien Hunderte von Männern, Frauen und Kinder gepeitscht worden, einige davon so schwer, daß sie auf Wochen bettlägerig waren. Andere seien für ihr Leben ruiniert und wieder andere getötet worden. Tausende seien ins Gefängnis geworfen und viele Bibliotheken, Klubs und Konsumgenossenschaftsläden geplündert und zerstört worden.

In der Henderson übersandten Erklärung wenden sich die Unterhausmitglieder gegen die Methoden, mit denen die polnischen Behörden die „Wahlen" zum polnischen Reichstag und zum ostoberschlesischen Landtag beeinflußt haben. Die Verhaftung der Oppositionsführer habe die Wahlen zu einer Farce gemacht und der Regierung eine falsche Mehrheit gegeben, mittels derer sie in der Lage sein werde, die Verfassung so zu ändern, daß das Volk seiner Rechte beraubt und eine Regierung auf diktatorischer Basis ermöglicht werde. Henderson wird aufgefordert, seinen Einfluß auf diplomatischem und anderem Wege zugunsten der unverzüglichen Freilassung der polnischen Gefangenen geltend zu machen.

Weiter geht dieses Dokument auch auf die Terrorakte ein, die an der deutsch-polnischen Grenze verübt worden sind. Auch hierbei handele es sich um eine Angelegenheit, an der die britische Regierung als Unterzeichnerin der Minderheitenverträge, durch die die Rechte der deutschen Minderheit gewährleistet seien, interessiert sei. Der Außenminister wird aufgefordert, zu erwägen, inwieweit diese Unstimmigkeiten auf das Versagen der betreffenden Minderheitenverträge zurückzuführen seien. Ferner möge er jeder deutschen Eingabe seine Aufmerksamkeit und Unterstützung angedeihen lassen. Schließlich wird er aufgefordert, beide Parteien zu veranlassen, ihre Streitigkeiten einer Schlichtungskommission, wie sie die Locarnoverträge vorsähen, zu unterbreiten.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt der Abgeordnete Malone, der im „Manchester Guardian" ausführt, es bestehe kein Zweifel, daß die Minderheitenverträge größtenteils ergebnislos geblieben seien. Angesichts der beispiellosen Verfolgung der nationalen Minderheiten könne der Völkerbund unmöglich noch behaupten, es bedürfe nur Zeit, um die Minderheitenfrage zu einem ruhigen und befriedigenden Abschluß kommen zu lassen. Malone gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß der Völkerbund sich noch rechtzeitig seiner Verantwortlichkeit bewußt werden wird und schließt dann seinen Artikel mit den Sätzen:

„Inzwischen aber dürfen diejenigen unter uns, die diese Frage verfolgen, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um den Scheinwerfer der Oeffentlichkeit auf Minderheitenprobleme zu richten, die solche Gefahr für den Frieden der Welt enthalten, und zwar in der Hoffnung, daß das öffentliche Gerechtigkeitsgefühl einen Druck ausüben wird, um das Los dieser unglücklichen Menschen zu erleichtern.

Flieger-Rebellen entkommen.

Bei Lissabon glücklich gelandet. — Die Flucht aus der Hauptstadt.

— Madrid, 17. Dezember.

Die Führer der spanischen Militärflieger, die sich gegen die Regierung erhoben haben und dann auf dem Flugplatz „Zu den vier Winden" von der Artillerie beschossen worden sind, sind trotz der Beschießung glücklich nach Portugal entkommen. Sie landeten in der Nähe von Lissabon und begaben sich dann als Polizeigefangene in die Hauptstadt des Nachbarlandes, das ihnen Aufenthaltsgenehmigung gewähren will. Unter den Flüchtlingen — es handelt sich um zehn Personen — befinden sich der Ozeanflieger Major Mello Franco und General del Llano, das Haupt der Madrider Verschwörer.

Ueber Verlauf und Ende der Meuterei auf dem Flugplatz „Zu den vier Winden" werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Den Beginn des Aufstandes bildete die Besetzung der Funkstation durch die aufständischen Flieger. Die Revolutionäre nahmen den Direktor und die Angestellten gefangen und verbreiteten darauf in einem „Funkspruch an alle" die Meldung, in Spanien sei die Republik ausgerufen worden. Als bei Beginn der Morgenschicht die Arbeiterschaft auf dem Platze erschien, wurde sie zum Kommandanten gerufen. Er teilte den Arbeitern mit, daß die Flieger gemeutert hätten.

Gleichzeitig wurden die Arbeiter aufgefordert, sich zu bewaffnen.

Ein Teil der Arbeiter weigerte sich mit der Begründung, daß sie friedliche Familienväter seien und nicht daran dächten, ihre Arbeit als Mechaniker mit der eines bewaffneten Revolutionärs zu vertauschen. Andere wiederum nahmen die Waffe mit Begeisterung entgegen.

Sofort nach Bekanntwerden dieses neuen Putsches machte sich eine starke Abteilung, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie, auf den Marsch, um die Flieger niederzukämpfen. Ueber 100 Granaten wurden abgefeuert. Da man die Aufständischen nur einschüchtern wollte, hatte man als Ziel einen offenen Platz gewählt, auf dem sich niemand befand. Nach einstündiger Beschießung hißte der Flugplatz die weiße Flagge, während die Führer der aufständischen Flieger durch den Kugelregen der Regierungstruppen davonflogen.

Außer in Madrid und Jaca ist es auch in verschiedenen anderen Gebieten Spaniens zu Unruhen gekommen. In San Sebastian versuchte nach einem amtlichen Bericht eine Gruppe von Arbeitern das Regierungsgebäude zu stürmen, wobei zwei Gendarmen getötet und fünf verletzt wurden. Auch mehrere Angreifer wurden verletzt. In Santander versuchte eine Gruppe von Zivilisten die Kaserne zu stürmen, der Angriff wurde jedoch von den Truppen zurückgeschlagen, wobei zwei der Angreifer getötet wurden.

*

Jaca war voreilig.

Unterredung mit Mello Franco und General del Llano.

Ein französischer Journalist hatte in Lissabon eine Unterredung mit den geflüchteten spanischen Militärfliegern. Major Mello Franco ging dabei auch auf seine Flucht aus dem Gefängnis ein und erklärte, er habe sich seitdem in einem Dorfe ganz in der Nähe von Madrid verborgen gehalten. Die Revolution sei unvermeidlich. Ihr Ziel sei die Wiederherstellung der Freiheit und die Schaffung einer Verfassung.

General del Llano machte den in Jaca standrechtlich erschossenen Hauptmann Galan für den Mißerfolg der Aufstandsbewegung verantwortlich. Galan habe unklug gehandelt, er habe Elemente rekrutiert, die nicht sicher gewesen seien. Außerdem habe Galan die Ereignisse überstürzen wollen.

Ueber die Ziele der Bewegung befragt, erklärte der General: „Wir wollen die Republik und die Schaffung einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung. Wir möchten die Regierungsgewalt an Zivilpersonen abgetreten wissen. Da die Monarchie die stärkste Stütze der Diktatur war, wandten wir uns der Republik zu und suchten neue Freiheitshorizonte. Spanien leidet unter dem Werk des verstorbenen Diktators Primo de Rivera und des jetzigen Ministerpräsidenten Berenguer. Von der Verwaltungsunfähigkeit der Militärpersonen überzeugt, sind wir aufsässig geworden."

Die spanische Regierung hegt nach der neuesten Entwicklung die Hoffnung, daß die Aufstandsbewegung sich in Einzelaktionen totlaufen wird.

Poincaré gelähmt.

Zwei Aerzte am Krankenbett.

— Paris, 16. Dezember.

Im Befinden des 71jährigen ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Poincaré ist eine Verschlimmerung eingetreten. Der Hausarzt Poincarés hat die letzte Nacht ununterbrochen am Krankenbette verbracht. Ferner wurde Professor Guillain als zweiter Arzt hinzugezogen. Die Aerzte haben jeden Besuch strikte untersagt und auch Tardieu den Zutritt zu dem Kranken verweigert. Nach den letzten Informationen ist Poincaré infolge eines Schlaganfalls vollständig gelähmt.

Der Schwächeanfall scheint sich übrigens bereits in der Senatssitzung angekündigt zu haben, in der Tardieu gestürzt wurde.

In den letzten Tagen hatte Poincaré für die Eröffnung des Instituts für germanistische Studien an der Pariser Universität eine Rede ausgearbeitet, die nun schriftlich bei der inzwischen erfolgten Eröffnung des Instituts verlesen worden ist. Diese Rede beschäftigte sich ausschließlich mit den deutsch-französischen Beziehungen. Darin heißt es, um einem Zwiespalt — für den allerdings gerade Poincaré verantwortlich ist! — ein Ende zu machen und die Eintracht zwischen zwei Völkern wiederherzustellen, denen ihr wirtschaftliches Interesse es verbiete, veruneinigt zu bleiben, sei es nötig, an alte Traditionen wieder anzuknüpfen und zwischen Intelligenzen, die sich nicht kennen, regelmäßige Verbindungen herzustellen.

Nichts wäre für Deutschland und für Frankreich gefährlicher und sinnloser, als wenn jede dieser beiden Mächte sich auf sich selbst zurückziehen und sich ein falsches Bild von den Einrichtungen, den Sitten, dem politischen und sozialen Regime der Nachbarnation machen würde. Eine dauerhafte geistige Zusammenarbeit wieder herzustellen und eine wohlüberlegte Verständigung vorzubereiten, daran werde das Institut für germanistische Studien wirksam mitarbeiten.

Schober-Vortrag in München.

Deutsch-Oesterreichs Außenpolitik. — Richtunggebend der Satz von dem einen deutschen Volk.

Auf einem Vortragsabend des Akademisch-Politischen Klubs in München, zu dem sich führende Männer der deutschen Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft eingefunden hatten, sprach Dr. Schober, der Vizekanzler Deutsch-Oesterreichs, über aktuelle Fragen der österreichischen Politik.

Bei der Behandlung der Anschlußfrage unterstrich Minister Dr. Schober die Bedeutung der Rechtsangleichung zwischen Oesterreich und Deutschland. Richtunggebend müsse der Satz bleiben: ein deutsches Volk in zwei deutschen Staaten.

Der kleine und der große Bruder müßten als Gleichberechtigte einen Weg gehen, ihren wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen und auf das gemeinsame Wohl bedacht ihren Weg in die Zukunft nehmen. Bei den auswärtigen Fragen habe er immer das Ziel vor Augen gehabt, Deutsch-Oesterreich zu allen Staaten freundlich zu stellen, ohne jedoch die Herzensverbundenheit mit dem Deutschen Reich nur im geringsten aufzugeben. Mit diesem Ziel vor Augen werde er auch in Zukunft die österreichische Außenpolitik weiterführen.